

Niederschrift

| Gremium | Sitzung - SR/033(V)/11 | | | |
|----------|------------------------|----------|----------|----------|
| | Wochentag, Datum | Ort | Beginn | Ende |
| Stadtrat | Montag, 02.05.2011 | Ratssaal | 16:00Uhr | 17:25Uhr |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

- 8 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung
 - 8.1 Werkschließung VARIOBOARD F0076/11
 - 8.2 Kriegerdenkmal in Fermersleben F0069/11
 - 8.3 Gleisumbauarbeiten im Rebenweg F0062/11
 - 8.4 Vorfahrtsregelung Gr. Steinernetischstraße F0075/11
 - 8.5 Probleme während der Wertstofftonnenumstellung F0072/11
 - 8.6 Maßnahmen des Jugendamtes bei Kindesmissbrauch und Kindesmisshandlungen F0064/11

| | | |
|------|---|----------|
| 8.7 | Verwahrlostes Gelände Burger Straße | F0066/11 |
| 8.8 | Brandschutz an Kitas und Schulen | F0067/11 |
| 8.9 | Folgen der Aussetzung der Einziehung zur Wehrpflicht | F0068/11 |
| 8.10 | Studie zur Bürgerorientierung in Mitteldeutschland | F0071/11 |
| 8.11 | Bevölkerungszahlen bei den Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit | F0073/11 |
| 8.12 | Aktueller Sachstand Radwegeverbindung zwischen Alt-Olvenstedt und Ebendorf | F0074/11 |
| 9 | Informationsvorlagen | |
| 9.3 | Verlinkung des Internetangebotes der Stadt auf den Homepages hiesiger Unternehmen | I0096/11 |
| 9.2 | Einladung zur Einwohnerversammlung für den Stadtteil Beyendorf-Sohlen | I0108/11 |
| 9.1 | Magdeburg als Standort für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung erhalten | I0079/11 |
| 9.4 | Bewerbung um Germany Travel Mart (GTM) | I0097/11 |
| 9.5 | Information Jahr der Jugend | I0044/11 |
| 9.6 | Gläserne Blume | I0091/11 |
| 9.7 | Betreuung von Menschen mit Behinderung im Jobcenter Landeshauptstadt Magdeburg | I0055/11 |
| 9.8 | Information zum aktuellen Stand der qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung des Magdeburg-Passes | I0061/11 |

| | | |
|------|---|-----------|
| 9.9 | Überplanung des Gebietes am Salbker See I | I0067/11 |
| 9.10 | Eisenbahnknoten Magdeburg, Eisenbahnüberführungen Ernst-Reuter-Allee und Erich-Weinert-Straße | I0048/11 |
| 9.11 | Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 Abs. 4 Go LSA über die Winterschadensbeseitigung 2010/2011 (Schlaglochprogramm) | I0113/11 |
| | Nichtöffentliche Sitzung | |
| 10 | Anfragen und Anregungen an die Verwaltung | |
| 10.1 | Sachstand Nutzung Alte Staatsbank | F0070/11 |
| 11 | Beschlussfassung durch den Stadtrat | |
| 11.1 | Überlassung des Objektes Othrichstr. 30 an den Bürgerverein Neustädter Feld e.V. BE: Oberbürgermeister | DS0039/11 |
| 11.2 | Konzessionsvertrag BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0057/11 |
| 11.3 | Städtebaulicher Vertrag SKET - Freie Straße zum B-Plan Nr. 410-4 (Aufstellungsbeschluss) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr | DS0084/11 |
| 11.4 | Städtebaulicher Vertrag B-Plan Nr. 103-2c "Korbwerder" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr | DS0086/11 |
| 12 | Beschlussfassung durch den Stadt - Anträge | |
| 12.1 | Besetzung eines Aufsichtsrates Fraktion CDU/BfM | A0057/11 |

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
-

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 33. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

| | | | |
|--------------------|----------------------------|---|---|
| Soll | 55 Stadträtinnen/Stadträte | | |
| Oberbürgermeister | 1 | | |
| zu Beginn anwesend | 37 | “ | “ |
| maximal anwesend | 46 | “ | “ |
| entschuldigt | 10 | “ | “ |

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung
-

8.1. Schriftliche Anfrage (F0076/11) des Stadtrates Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Werkschließung VARIOBOARD

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

am Samstag (30.04.2011) berichtete die Volksstimme auf Seite 1, dass VARIOBOARD das gesamte Werk herunterfahre und die Produktion einstelle.

Auf ihrer Internetseite wirbt die Fa. VARIOBOARD mit: "**Vergangenheit mit Zukunft**" „Die Geschichte des Standortes reicht bis in die 30er Jahre zurück - über 60 Jahre als Imprägnierwerk genutzt, entstand an dieser Stelle 1999 eines der modernsten MDF-Werke Europas. Begleitend zum Einsatz modernster Technologien wirken sich die idealen Bedingungen der Region äußerst positiv aus. So gewährleiten beispielsweise die weitläufigen Nadelholz-Waldgebiete vor Ort die Produktion von Erzeugnissen aus heimischen Hölzern und somit eine kontinuierliche Rohstoffversorgung. Die gute Verkehrsanbindung begünstigt zudem

eine lückenlose Logistik. Rund 180 Mitarbeiter sorgen mit ihrem Engagement für die Zukunft des traditionsreichen Standortes. Gleichwohl mehrten sich schon zum Jahreswechsel sorgenvolle Stimmen, denn am Protesttag des Europäischen Holzwerkstoffverbandes am 29. Oktober 2010 zeigte die Sorgen und Nöte des Unternehmens, insbesondere um die Verfügbarkeit von Holz für die heimische Wirtschaft. So bemängelte das Unternehmen, dass Holz aus den Wäldern Sachsen-Anhalts als Heizmaterial verfeuert werde, während sich ein holzverarbeitender Betrieb wie VARIOBOARD seine Rohstoffe aus Frankreich oder Übersee kommen lassen müssen.

Nun sind 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Werksschließung betroffen, sie erhielten ihre betriebsbedingten Kündigungen. Erstaunt müssen wir – aus persönlichen Kontakten - auch zur Kenntnis nehmen, dass den gekündigten Mitarbeitenden keine Betriebsratsvertretungen zur Seite stehen soll. Grund für die Unternehmensschließung – so die Volksstimme - seien „wirtschaftliche Verwerfungen in den von VARIPOBOARD bedienten Unternehmen und kontinuierlich dramatische Erhöhungen der Produktions- und Rohstoffkosten, insbesondere bei Holz, Leim und Strom an.

Seit 1999 hat VARIOBOARD in Magdeburg nicht nur in den Produktionsprozess investiert, sondern soll auch Fördermittel zur Ansiedlung erhalten haben.

Aus diesem Grunde frage ich Sie,

1. ist der Stadtverwaltung, insbesondere das Dezernat Wirtschaft im Rahmen seiner Aktivitäten zur Bestandspflege über die Absicht der Betriebsaufgabe am Standort Magdeburg informiert gewesen?
2. Ist der Stadtverwaltung bekannt, welche Perspektiven sich für die gekündigten Mitarbeitenden ergeben, gibt es einen Sozialplan im Unternehmen?
3. Hat die Stadt das Unternehmen gefördert, wenn ja, in welcher Art und Weise?
4. Welche weiteren Kontakte unterhielt das Dezernat zu dem Unternehmen, wie gestaltete sich die Bestandspflege?
5. Mit welchen Mitteln und Methoden versucht die Stadtverwaltung, die am Standort tätigen Unternehmen zu begleiten, um frühzeitig über persönliche Kontakte und Gespräche von Sorgen und Nöten zu erfahren und wenn möglich, Hilfen und Unterstützungen anzubieten?
6. Wird das eigens von Herrn Beigeordneten Nitsche in Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise eingerichtete „Notfalltelefon“ fortgeführt, um auch in relativ normalen Zeiten eine Ansprechbarkeit und Erreichbarkeit zu ermöglichen?
7. Hat das Dezernat Kenntnis, dass weitere größere Unternehmensschließungen im anstehen?
8. Welche Möglichkeiten sieht der Beigeordnete, den produzierenden und stromverbrauchenden Wirtschaftssektor in Magdeburg so zu unterstützen, dass die dringend notwendigen Veränderungen bei den die Infrastrukturkosten zugunsten der Wirtschaftsproduktion in unserem Bundesland einzuwirken.

Ich bitte um kurze mündliche und ausführlich schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In seiner Beantwortung informiert der Oberbürgermeister, dass mit der Firma bereits seit Jahren Gespräche geführt werden, von ihm mehrfach das zuständige Umweltministerium und das Wirtschaftsministerium zum Thema der Rohstoffverteuerung und Energieverteuerung angeschrieben und auch entsprechende Gespräche hierzu geführt wurden.

Er informiert weiterhin, dass am heutigen Tage der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche mit dem Geschäftsführer ein Telefonat geführt hat, in dem von diesem bestätigt wurde, dass einfach die wirtschaftliche Lage Ursache für die derzeitige Situation ist. Zum Sachstand führt Herr Dr. Trümper aus, dass seitens des Betriebes die Produktion heruntergefahren und das gesamte Personal entlassen wird, es aber kein Insolvenzverfahren geben wird. Maschinen und Anlagen werden „konserviert“ für den Fall, dass sich die wirtschaftliche Lage bessert und der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Insbesondere verweist der Oberbürgermeister darauf, dass die Entlassungen unter Beachtung der bestehenden Kündigungsfristen erfolgen und somit auch die Erstellung eines Sozialplanes nicht erforderlich ist.

Ebenso verweist er darauf, dass er diesen Sachstand erst auf Grund der vom Beigeordneten geführten Telefonate erhalten hat und im Vorfeld weder er noch das Wirtschaftsministerium Kenntnis von der Problematik hatten.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Nitsche:

Ergänzend zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters informiert der Beigeordnete Herr Nitsche über mit allen Beteiligten geführte Gespräche. So wurde bereits seitens der Agentur für Arbeit Kontakt mit dem Unternehmen aufgenommen hinsichtlich einer möglichen Unterbringung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in anderen Unternehmen. Somit stellt sich die Frage nach einem Sozialplan nicht, da sich die Agentur hierzu sehr optimistisch zeigt.

Im Weiteren informiert er über seine Kontaktaufnahme zum Wirtschaftsministerium und darüber, dass seitens des Ministeriums bereits Gespräche mit der Unternehmensleitung geführt wurden. Hinsichtlich einer Nachnutzung wird vorgeschlagen, eine gemeinsame Beratung zwischen Ministerium, Stadt und Unternehmen zu führen.

Einschränkend legt er dar, dass zwar derzeit eine unmittelbare Weiterbetreuung der Produktion durch ein anderes Unternehmen auf Grund der derzeitigen schlechten wirtschaftlichen Situation skeptisch betrachtet wird, aber möglicherweise andere Lösungen gefunden werden können.

Inhalt der gemeinsamen Beratung sollte sein, seitens des Unternehmens Varioboard darzulegen, wie es sich die Zukunft vorstellt, was Konservierung im Einzelnen bedeutet und wie die praktische Umsetzung erfolgen soll.

Abschließend versichert Herr Nitsche, die Angelegenheit aufmerksam weiter zu verfolgen und auch aufgebaute internationale Kontakte nutzen zu wollen, um für ein solches Unternehmen, wenn es soweit ist, in die Akquise zu gehen und für eine Investition auch aus dem Ausland zu werben.

8.2. Schriftliche Anfrage (F0069/11) des Stadtrates Schwenke, Fraktion CDU/BfM

Kriegerdenkmal in Fermersleben

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

wie auch in den vergangenen Jahren, reinigte innerhalb der Kampagne „Magdeburg putzt sich“, eine Gruppe der Jungen Union Magdeburg und der CDU das Umfeld des Kriegerdenkmals in Fermersleben sowie den angrenzenden Spielplatz.

Dabei wurde festgestellt, dass das Kriegerdenkmal erneut das Opfer von Randalieren geworden bzw. beschmiert worden ist. (Siehe auch beigefügte Photos).

Daher bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Seit wann ist der Stadtverwaltung der aktuelle beschmierte Zustand des Kriegerdenkmals bekannt?
2. Welche Zeitschiene sieht die Stadtverwaltung zur Beseitigung der vorhandenen Schmierereien?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete Herr Platz führt aus, dass er für solche Hinweise aus dem Stadtrat dankbar ist, da Informationen über derartige Verschmutzungen nur bekannt werden, wenn z.B. der Kulturbereich oder der SOD diese feststellen.

Insofern kann die erste Frage zum Bekanntwerden des Zustandes dahingehend beantwortet werden, dass dies erst mit der Einstellung der Anfrage erfolgte, aber bereits seitens der Verwaltung reagiert wurde.

Er informiert, dass es prinzipiell ein abgestimmtes Verfahren innerhalb der Stadtverwaltung gibt, das bei Nazischmierereien unmittelbar die Beseitigung, d.h. innerhalb von 24 bis 48 Stunden, erfolgen soll und muss. Dazu ist natürlich die Polizei dann auch entsprechend einzuschalten, damit mit der Beseitigung nicht Beweismittel vernichtet werden. Allerdings sei dies am Ende immer eine Frage der vorhandenen Kapazitäten. Z.B. steht die mobile Putzkolonie, die in den vergangenen Jahren seitens der AQB zusätzlich zur Verfügung gestellt wurde, auf Grund einer aktuellen Entscheidung der ARGE, im Moment nicht zur Verfügung. Wahrscheinlich wird die Putzkolonie aber bald wieder als zusätzliches Instrument für eine schnelle Handlungsfähigkeit eingesetzt werden können.

8.3. Schriftliche Anfrage (F0062/11) der Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE

Gleisumbauarbeiten im Rebenweg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Sitzung der GWA Hopfengarten/ Leipziger Straße stellte die MVB ihr Konzept für die Nord-Süd-Verbindung der Straßenbahntrasse für den Abschnitt Kirschweg bis Hermann-Hesse-Straße vor. Dabei wurde ebenfalls erwähnt, dass die Gleisanlage im Rebenweg durch den Wegfall eines Gleises komplett erneuert und die Straße in diesem Teil grundhaft ausgebaut werden wird.

Daher stellt sich uns die Frage, ob die Stadt in diesem Zusammenhang beabsichtigt, auch den restlichen Teil der Straße grundhaft auszubauen? Ist für die Anlieger durch die Baumaßnahme mit Straßenausbaubeiträgen zu rechnen?

Es wird um kurze mündliche und schriftliche Beantwortung gebeten.

Antwort des Leiters des Tiefbauamtes Herr Gebhardt, i.V.f. den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr:

Herr Gebhardt verweist darauf, dass die Arbeiten eine Maßnahme der MVB ist und bleibt. Für die Herstellung der neuen Gleisanlage muss die MVB im Rebenweg links und rechts ihrer Baugrenzen jedoch den alten Zustand wieder herstellen. D.h. es ist seitens der Stadt nicht beabsichtigt, in den Folgejahren durch eine Investition einen Straßenbau vorzunehmen. Insofern werden auch keine Straßenausbaubeiträge erzeugt und abverlangt.

8.4. Schriftliche Anfrage (F0075/11) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorfahrtsregelung Gr. Steinernetischstraße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach Änderung der Vorfahrtsregelung Gr. Steinernetischstraße /Breiter Weg ist die Situation völlig unübersichtlich.

Radfahren wissen nicht, dass sie die Vorfahrt beachten müssen und eine langjährige Regelung geändert wurde. Das neu aufgestellte kleine Schild nehmen die Verkehrsteilnehmer kaum wahr. Die Autofahrer sind ebenfalls stark verunsichert. Dadurch steigt das Unfallrisiko an dieser Kreuzung.

Wir erachten es für zwingend notwendig, auf die geänderte Vorfahrtsregelung und die neue Situation vor Ort so hinzuweisen, dass es durch die Verkehrsteilnehmer eindeutig wahrgenommen werden kann.

Wir fragen Sie daher:

Was ist wann geplant, um auf die Irritationen der Verkehrsteilnehmer zu reagieren?

Falls seitens der Verwaltung bislang (noch) nicht angemessen auf die Interessen der Verkehrsteilnehmer reagiert wurde, fragen wir, ob sich der OB bereit findet, dieses in absehbarer Zeit doch noch zu tun?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Antwort des Leiters des Tiefbauamtes Herr Gebhardt, i.V.f. den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr:

In seinen Ausführungen zur Anfrage legt Herr Gebhardt dar, dass dieses Thema der Radwegführung, der Beschilderung, der Bevorrechtigung die Verwaltung schon über mehrere Monate beschäftigt. Er verweist auf die Darstellungen des straßenverkehrsrechtlichen Zustandes in einer dem Stadtrat vorgelegten sehr umfangreichen Information und einer entsprechenden Stellungnahme.

Insbesondere verweist er darauf, dass seitens der Verwaltung nicht die Vorfahrt geändert sondern nur die Beschilderung entsprechend aktualisiert wurde und macht erläuternde Ausführungen zur Modifizierung der Beschilderung und zum mobilen Vorfahrtsschild auf der Fußgängerzone.

Zur zukünftigen Verfahrensweise hinsichtlich der Hinweise auf die veränderte Situation sieht er als Möglichkeit, des Öfteren über die Presse darauf hinzuweisen, dass an dieser Stelle Radfahrer besonders Obacht geben und den PKW- bzw. LKW-Verkehr den Vorrang gewähren müssen. Weiterhin ist gewollt, in den Arbeitsgruppen, z.B. die AG Radverkehr, dieses Thema weiterhin zu erörtern. Andere Möglichkeiten, den Radfahrern an dieser Stelle diese normale Situation nahe zu bringen, werden nicht gesehen.

8.5. Schriftliche Anfrage (F0072/11) des Stadtrates Schuster, FDP-Fraktion

Probleme während der Wertstofftonnenumstellung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in einem Beitrag vom 26.4.11 machte die Volksstimme u. a. auf Probleme am Wertstoffsammelplatz Lorenzweg/Langenfelder Weg aufmerksam.

Die zu Recht kritisierten unhaltbaren Zustände scheinen aber einen konkreten hausgemachten Hintergrund zu haben. Nach Aussage von Anwohnern im Bereich Nord/West läuft die Entsorgung der in der Regel für die Mehrzahl der Anlieger schon seit Jahren vorgehaltenen gelben Tonnen nicht ordnungsgemäß. Die Anwohner behelfen sich dadurch, dass sie ihre Wertstoffe zum Sammelplatz bringen, der natürlich solch einem Ansturm nicht Stand hält. Die entstehende Unordnung zieht dann auch noch zwielichtige Müllentsorger magisch an.

Vor dem Hintergrund, dass die Sammlung der Wertstoffe schrittweise auf die durchgängige haushaltsnahe Erfassung umgestellt wird, und damit die zentralen Sammelplätze entfallen, ist eine kontinuierliche und plantroue Abholung zukünftig noch nötiger geboten als es jetzt schon der Fall ist. Wir werden sonst illegale Entsorgung in großem Stil erleben.

Ich bitte Sie, meine nachstehenden Fragen mündlich und ergänzend schriftlich zu beantworten:

1. Wer sind die gegenwärtigen Vertragspartner für die Abholung der Wertstoffe auf den verbliebenen Sammelplätzen und wer ist für die haushaltsnahe Abholung der Wertstoffe zuständig?
2. Kontrolliert die Stadt den vertraglich vereinbarten Räumbetrieb generell? Wie werden mögliche Verstöße geahndet?
3. Wohin können sich die Bürger wenden, wenn sie Unregelmäßigkeiten bei Abholung und Entsorgung feststellen?

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Einführend macht der Beigeordnete Herr Platz grundsätzliche Ausführungen zum Thema Wertstofftonnenumstellung. Insbesondere verweist er dabei auf die gewonnenen positiven Erfahrungen im Vorfeld der flächendeckenden Umstellung und die erfolgreiche Praktizierung in anderen Städten.

Er geht auf den Hintergrund der Entscheidung zur schrittweisen Einführung einer dezentralen Entsorgung ein und führt aus, dass die erste Stufe nach anfänglichen Diskussionen relativ reibungslos verlaufen sei. Nicht zuletzt auch auf Grund von Festlegungen, die im Rahmen von Vor-Ort-Begehungen getroffen wurde.

Er versichert, dass solchen Problemstellungen, wie in der Anfrage benannt, selbstverständlich nachgegangen wird und informiert über die Abstimmung mit dem SOD, verstärkte Kontrollen durchzuführen. Hiermit soll vermieden werden, dass das System der dezentralen Entsorgung in Verruf gerät, weil an einigen Stellen genau das Gegenteil von dem entsteht, was von der Umstellung erhofft wurde; dass die verbleibenden Containerstellplätze sauberer und ordentlicher aussehen.

Eingehend auf die konkreten Fragestellungen verweist er auf die unterschiedlichen Vertragspartner. So ist die Tönsmeier-Entsorgungs-GmbH für die Entsorgung der Gelben Tonnen, für die Entsorgung von Glasverpackungen die AGBSD unter Leitung der Umwelt-Ost-GmbH und für die Entsorgung von Papier, Karton und Pappe (Blaue Tonne) die Stadt selbst verantwortlich. Die Entsorgung bezeichnet er als wichtiges Geschäftsfeld für die Stadt, da hier Erlöse erzielt werden, die am Ende wieder gebührenmindernd auf die Abfallgebühren zurück gerechnet werden können.

Herr Platz verweist darauf, dass in den laufenden Betrieb der privaten Unternehmen nicht eingegriffen werden kann, aber die Stadt, d.h. der Städtische Abfallwirtschaftsbetrieb, Bereich Abfallberatung, kann Beschwerden, wie das auch in der Vergangenheit gemacht wurde, entgegennehmen und diese weitertragen. Dies kann auch über die Behördenrufnummer 115 erfolgen. Im Übrigen gibt es auch eine begleitende Arbeitsgruppe bzgl. der Umstellung des Systems, in der auch die Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften sowie die privaten Entsorger Mitglied sind. Die benannten Probleme werden hier thematisiert. Der Beigeordnete Herr Platz geht davon aus, dass diese langfristig gelöst werden können, speziell auch der angesprochene Platz in Nord-West.

8.6. Schriftliche Anfrage (F0064/11) des Stadtrates Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Maßnahmen des Jugendamtes bei Kindesmissbrauch und Kindesmisshandlungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Presse wurde kürzlich über schwere Fälle von Kindesmissbrauch berichtet und auch in der Volksstimme vom 09.04. war von einem tragischen Fall von Kindesmisshandlung mit Todesfolge zu lesen.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an Sie:

1. Wie viele Fälle von Kindesmissbrauch und wie viele Verdachtsfälle sind dem Jugendamt seit 2009 bekannt geworden?
2. Welche Maßnahmen hat das Jugendamt in diesen Fällen jeweils ergriffen? In wie vielen Fällen hat sich der Verdacht auf Grund welcher Aktivitäten des Jugendamtes bestätigt bzw. konnte ein Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ausgeschlossen werden? Wie viele Fälle sind aus welchem Grund noch nicht geklärt?
3. Gab es Verzögerungen bei der Aufklärung der Verdachtsfälle? Wenn ja, worin lagen sie im Einzelfall begründet? Wie bewerten Sie die Effektivität der bisherigen Vorgehensweise des Jugendamtes?
4. Wie werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes für das Erkennen von Verdachtsfällen auf Kindesmissbrauch sensibilisiert? Gibt es hierfür Schulungen bzw. Lehrgänge? Sehen Sie weiteren Schulungsbedarf?
5. Wie ist die Zusammenarbeit des Jugendamtes mit Polizei und anderen zuständigen Behörden organisiert? Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit? Wo gibt es besondere Erfolge, wo Defizite?
6. Welche Möglichkeiten haben Bürger, Verdachtsfälle von Kindesmissbrauch dem Jugendamt schnell und unbürokratisch zu melden? Wie bewerten Sie deren Effektivität?
7. Im oben genannten Volksstimmeartikel wurde berichtet, dass eine Mutter ihren Säugling durch Gewalteinwirkung getötet hat. Einige Frauen leiden nach der Geburt an postpartalen Depressionen. Haben sie Erfahrungen mit diesem Krankheitsbild? Welche Beratungsangebote gibt es? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Hebammen in diesem Zusammenhang?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Fragen.

Antwort des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning:

Eingehend auf in der Vergangenheit erfolgte Presseartikel bestätigt der Beigeordnete Herr Brüning, dass Erscheinungen von Kindeswohlgefährdung auch in Magdeburg vorgekommen sind. Insbesondere legt er dar, dass hierbei jedoch das Jugendamt nicht untätig ist. Kindesmissbrauch und Kindesmisshandlung sind Straftatbestände, bei denen, sowie ein Verdacht auftritt, Polizei und Staatsanwaltschaft sofort involviert sind. Hier gibt es eine ganz

enge Zusammenarbeit. Derartige Fälle werden auch statistisch erfasst, da jeder Verdacht, der beim Jugendamt oder einem Träger angezeigt wird, zu einer Anzeige führt.

Er versichert, dass bei jedem Hinweis, auch aus den Reihen des Stadtrates, das Jugendamt tätig wird und dem fachlich nachgeht und entsprechende Informationen gegeben werden. Er bittet um Verständnis dafür, dass in Einzelfällen den politischen Vertretern nicht unbedingt alle Details erläutert werden können.

Im Weiteren informiert Herr Brüning, dass von den 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Bereich der Sozialzentren und Jugendschutz tätig sind, in den vergangenen Jahren 39 zur Fachkraft Kinderschutz über das Deutsche Jugendinstitut ausgebildet wurden, d.h. hier werden regelmäßig auch alle notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt.

Hinsichtlich der Aufnahme von Hinweisen führt er aus, dass es eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern von Kindereinrichtungen, Hebammen und des Gesundheitswesens gibt, welche alle mit dem Jugendamt vernetzt sind, so dass kein Hinweis verloren gehen kann.

Abschließend verweist er auf die Ende vergangenen Jahres im Jugendhilfeausschuss erfolgte Berichterstattung über die Tätigkeit des Jugendamtes im Zusammenhang mit den Hilfen zu Erziehung und führt aus, dass hierfür 16 Mio EUR eingesetzt werden, um Hilfspläne zu erarbeiten und umzusetzen und Kindeswohlgefährdung im Einzelfall auch abzuwenden.

Zur Nachfrage des Stadtrates Rohrßen, hinsichtlich einer konkreten Notrufnummer und was ein Bürger, der von schwerwiegenden Verstößen erfährt, machen kann verweist der Beigeordnete Herr Brüning zunächst auf das Jugendnottelefon. Aber jede Dienststelle ist verpflichtet, entsprechende Hinweise aufzunehmen und an das Jugendamt weiter zu leiten. Dies ist auch den Trägern der Einrichtungen bekannt.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.7. Schriftliche Anfrage (F0066/11) des Stadtrates Haller, FDP-Fraktion

Verwahrlostes Gelände Burger Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

entlang der Burger Straße, nahe dem Hauptzollamt in der Ihleburger Straße, ist eine illegale Müllkippe entstanden. Papier, Plastikflachen und –beutel sowie Lebensmittelreste verschandeln die Umwelt, sammeln sich in dem mit Wasser gefüllten Graben entlang der Straße. Das Gelände verwahrlost zunehmend. Wertstoffcontainer oder Mülleimer gibt es dort nicht. Insbesondere an den Wochenenden parken dort vorwiegend LKWs, Sattelschlepper und Schwerlasttransporter.

Ich bitte Sie um die mündliche und ergänzende schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. In wessen Zuständigkeit befindet sich das Gelände und wer ist für die Abfallentsorgung zuständig?
2. Sofern die Verantwortlichkeit bei der Kommune liegt, bitte ich um die Mitteilung:
 - a. Ist der Zustand des Geländes bekannt?
 - b. Wann kann die Müllberäumung beginnen?

- c. Welche Kosten werden dafür veranschlagt? Sind diese umzulegen?
 - d. Kann ausgeschlossen werden, dass Schadstoffe den Boden verunreinigt haben?
 - e. Ist beabsichtigt, Müllbehälter aufzustellen? Wenn nicht, warum?
3. Sofern die Zuständigkeit nicht bei der Kommune liegt, welche Möglichkeiten gibt es, den auch für die Anwohner unhaltbaren Zustand zu beseitigen?

Antwort des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann:

In Beantwortung der Anfrage informiert der Beigeordnete Herr Zimmermann, dass dieses Gebiet seitens des Tiefbauamtes bewirtschaftet wird und in der letzten Woche vom Abfallwirtschaftsbetrieb geräumt und gesäubert wurde. Am heutigen Tage hat sich ein vom ihm beauftragter Mitarbeiter davon vor Ort überzeugt.

Die geschilderte Situation bezeichnet er als problematisch, ist sich aber nicht sicher, ob die Aufstellung von Abfallbehältern weiterhilft. Dies könne aber als Anregung aufgenommen werden. Zusätzlich wird an dieser Stelle einmal öfter zu kontrollieren sein, um den Schmutz und diesen Anfall von Abfall zu vermeiden.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete Herr Platz hält die Aufstellung von Müllbehältern für eine gute Idee und legt dar, dass die Verschmutzung aus Sicht der Stadtverwaltung in der Regel von dort parkenden LKWs stammt, die keine andere Möglichkeit zur Abfallentsorgung finden. Zu dieser Problematik erfolgt derzeit eine Abstimmung mit dem Städtischen Abfallbetrieb, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, erklärt auf Nachfrage des Beigeordneten Herrn Zimmermann, dass eine schriftliche Beantwortung nicht mehr erforderlich ist.

8.8. Mündliche Anfrage der Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE

Ich habe eine kurze Anfrage zu einem Geschehnis vom vergangenen Sonnabend. Sie haben alle in der Presse gelesen, dass am vergangenen Sonnabend während der Ballettvorstellung durch einen Kulissenteil eine Person verletzt wurde. Die Vorstellung wurde abgebrochen. Jetzt meine kurze Frage, ob schon beantwortet werden kann, wie es der verletzten Person geht und zum Zweiten, ob schon gesagt werden kann, wie es zu dem Unfall kam.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch:

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch informiert, dass ihm eine aktuelle Pressemitteilung des Theaters Magdeburg vorliegt, der zu entnehmen ist, dass es dem Mädchen wieder besser geht. Die Kolleginnen und Kollegen des Theaters standen seit dem Unfall mit den Eltern im

unmittelbaren Kontakt. Von Seiten des Vaters wird damit gerechnet, dass seine Tochter bereits am Mittwoch wieder entlassen werden kann. Sie hat den Wunsch, baldmöglichst wieder auf der Bühne auftreten zu können.

Im Weiteren führt der Bürgermeister Herr Dr. Koch aus, dass natürlich, da es sich um einen Arbeitsunfall handelt, die Hintergründe für den Unfall untersucht, um zukünftig so etwas möglichst ausschließen zu können. Hierzu kann jedoch noch nichts Abschließendes gesagt werden.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, erklärt auf Nachfrage, dass die Anfrage ausreichend beantwortet ist.

Zu den schriftlich vorliegenden Anfragen F0068/11, F0073/11 und F0074/11 der Fraktion CDU/BfM sowie die Anfragen F0067/11 und F0071/11 der FDP-Fraktion erfolgt die Antwort schriftlich durch die Verwaltung.

9. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.11 werden zur Kenntnis genommen.

9.4. Bewerbung um Germany Travel Mart (GTM)

I0097/11

In seinen Ausführungen zur Information geht Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, auf das Anliegen seiner Fraktion ein, hierzu speziell auf die Bedeutung für die weitere Vermarktung des Stadtbildes und des Stadtimages aufmerksam machen zu wollen. Er legt dar, dass der Germany Travel Mart eine seit Jahren erfolgreiche Veranstaltung hinsichtlich des Tourismus in Deutschland ist.

Bezug nehmend auf den Antrag A0110/09 seiner Fraktion führt er aus, dass dieser Grundlage für die vorliegende Information ist. Er hebt ausdrücklich hervor und lobt, dass die Verwaltung sehr intensiv an der Umsetzung und der weiteren Konkretisierung gearbeitet hat.

Ebenso hervorzuheben ist die Zusammenarbeit zwischen Beigeordneten und der MMKT. Die MMKT ist so weit, dass sie jetzt entsprechende Konzepte mit der für Deutschland zuständigen Tourismusagentur austauscht.

Lobenswert sei auch das im April letzten Jahres stattgefundenene Reformationskolloquium, wo seitens einer Vertreterin der Deutschen Zentrale für Tourismus, noch mal drauf hingewiesen wurde, dass das Lutherjahr 2017 ein hohes Maß an touristischem Potenzial bietet.

Er legt im Weiteren seine Auffassung dar, dass mit der Veranstaltung Germany Travel Mart im Jahr 2016 in Magdeburg eine gute Möglichkeit bestehen würde, die Stadt bzw. auch umliegende Regionen in Sachen Tourismus nach Vorn zu bringen.

Eingehend auf die in der Information getroffene Aussage hinsichtlich der Verpflichtung der Stadt zur Bereitstellung finanzieller Mittel für die Durchführung der Veranstaltung legt er die Auffassung seiner Fraktion dar, dass hier natürlich das Land entsprechend mit eingebunden werden muss, weil hier auch eine Wirkung auf die gesamte Landes- oder Teile der Landesentwicklung zu erwarten ist und der sich anschließende Erfolg den finanziellen Aufwand sicherlich rechtfertigen wird.

Abschließend bittet er darum, dass die Fraktionen die weitere Konkretisierung unterstützen und sich dem positiven Trend anschließen.

Der Beigeordnete Herr Nitsche informiert Bezug nehmend auf die Ausführungen hinsichtlich des erforderlichen finanziellen Aufwandes, dass im Laufe des Jahres dem Stadtrat eine Beschlussvorlage vorgelegt wird, mit der Darlegung der konkret zu erwartenden finanziellen Auswirkungen. Insbesondere führt er aus, dass diese natürlich noch durch die verschiedensten Maßnahmen, wie z.B. Sponsoring, reduziert werden sollen. Er weist aber darauf hin, dass die Ausrichtung des Germany Travel Mart einen höheren sechsstelligen Betrag erfordern wird. Darauf sollten sich die Fraktionen bereits einstellen.

Abschließend legt er seine Auffassung dar, dass die im Ergebnis der Veranstaltung zu erzielenden Effekte enorm sein werden und sich die Investition auf jedem Fall lohnen wird.

9.8. Information zum aktuellen Stand der qualitativen und
quantitativen Weiterentwicklung des Magdeburg-Passes

I0061/11

In seinen umfassenden Ausführungen legt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, die Auffassung dar, dass in den zurück liegenden zwei Jahren im Zusammenhang mit dem Magdeburg-Pass vieles von den gesetzten Zielstellungen auf einen guten Weg gebracht werden konnte.

Anlass für den heute bestehenden Redebedarf seiner Fraktion ist jedoch der Schwerpunkt der Mobilität, die die Voraussetzung schaffen soll, dass viele der Angebote, die vergünstigt in Anspruch genommen werden, auch erreicht werden können. Sein Interesse besteht darin zu erfahren, welche Maßnahmen die Verwaltung ergreift, die gewährleisten, dass die vergünstigten Angebote von den Inhabern des Magdeburg-Passes auch erreicht werden können.

Im Weiteren macht er Ausführungen zu den Schwierigkeiten hinsichtlich der Nutzung von ermäßigten Monatskarten von Magdeburg-Pass-Inhabern und bringt sein Unverständnis zum Ausdruck, dass im Zusammenwirken mit den MVB hier, im Gegensatz zu anderen Städten, keine Lösung gefunden werden kann. Er legt seine Auffassung dar, dass hier eine Klärung erforderlich ist. Eine Möglichkeit für eine teilweise Linderung des Problems wäre für ihn, für den Kreis der Menschen, die Grundsicherung bekommen, die Möglichkeit zur Nutzung der Abo-Clever-Card zu bieten.

Abschließend nimmt er Bezug auf eine Aussage in der vorliegenden Information dahingehend, dass sich eine entsprechende Diskussion nach dem Beitritt zum MAREGO-Verbund noch schwieriger gestaltet. Hinsichtlich der im Vorfeld getroffenen Aussagen, dass Entscheidungen im Rahmen des Magdeburg-Passes allein durch die Stadt getroffen werden und nichts mit dem MAREGO-Verbund zu tun haben, bezeichnet er diese Aussage als irritierend.

In seinen erläuternden Ausführungen nimmt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zunächst Bezug auf die Äußerungen des Stadtrates Müller bzgl. des MAREGO-Verbundes.

Er geht auf die im Vorfeld der Verbundgründung erfolgte Klärung der Situation zur Schülerjahreskarte ein und macht klarstellende Erläuterungen hinsichtlich der Entscheidungsfreiheit des Stadtrates zur Finanzierung.

Im Weiteren geht er auf das Teilhabepaket ein und führt aus, dass die Finanzierung der Monatskarten hier seitens des Bundes erfolgen würde, soweit keine kommunalen Regelungen bestehen, jedoch hat die Stadt Magdeburg eine entsprechende Regelung, welche auch nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Insbesondere verweist in seinen weiteren Ausführungen auf eine Ungleichbehandlung von Hartz-IV-Empfängern, die die Umsetzung des Vorschlages hinsichtlich der Abo-Clever-Card mit sich bringen würde. Er legt seine Auffassung dar, dass die seitens der Stadt erbrachten Leistungen im Sozialbereich als aner kennenswert zu betrachten seien. Weitere Leistungen können jedoch nicht erbracht werden, da diese momentan nicht finanzierbar sind.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning macht klarstellende Ausführungen hinsichtlich der Schwierigkeiten bei den Voraussetzungen für eine Jahreskarte und begründet seine Auffassung, dass hier kein unterschiedliches Recht geschaffen werden darf.

Er legt die Zielstellung dar, über eine entsprechende Regelung die Anzahl derer zu erhöhen, die eine Jahreskarte kaufen und somit über eine erhöhte Mobilität verfügen.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert in seiner Eigenschaft als Sprecher der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit beim Magdeburg-Pass über erfolgte Aktivitäten.

Hinsichtlich der Erhöhung der Mobilität sieht er als eine Lösungsmöglichkeit, im Rahmen des Tarifsystems der MVB auch eine 6-Monate-Abo-Card einzuführen. Da diese dann zwar sicherlich nicht so günstig wie eine Jahreskarte ist, wäre die Möglichkeit zu prüfen, hier entsprechende Preisverhandlungen auch im Zusammenwirken mit dem Aufsichtsrat der MVB zu prüfen.

In seinen weiteren Ausführungen spricht er sein Bedauern darüber aus, dass seitens des Stadtrates keine politische Mehrheit für ein Sozialticket erreicht werden konnte. Trotz aller Akzeptanz der Stadtratsentscheidung ist es seine Auffassung, im Sinne der Betroffenen dafür zu werben, dass mittelfristig Lösungen gefunden werden können, dieses Ticket zu ermöglichen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht nochmals klarstellend auf seinen Vorschlag zur Einführung der Abo-Clever-Card, ein und verdeutlicht seine Auffassung, dass hier die Möglichkeit besteht, auf ein eigenes Verkehrsunternehmen diesbezüglich Einfluss nehmen zu können.

Weiterhin klarstellend sieht er es nicht als problematisch an, dass bei dieser Einführung auf Grund unterschiedlicher Bescheidungen Ungerechtigkeiten aufgemacht werden. Für ihn ist dies

ein positiver Schritt, dass man einen Teil der Bedürftigen die Möglichkeit bietet, dies zu probieren und auch zu nutzen.

Abschließend wirft er die Frage hinsichtlich der Möglichkeiten zum Erwerb von vergünstigten Fahrkarten auf und kritisiert, dass auf Grund von Schließungen von Verkaufsbüros der MVB diese Möglichkeiten immer weniger werden.

Der Beigeordnete Herr Brüning geht im Ergebnis der geführten Diskussion davon aus, dass gemeinsam durchgesetzt werden kann, zu einem ermäßigten Preis eine Abo-Jahreskarte zu ermöglichen.

9.11. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 Abs. 4 Go 10113/11
LSA über die Winterschadensbeseitigung 2010/2011
(Schlaglochprogramm)

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, kritisiert, dass in der vorliegenden Stellungnahme keine Aussagen zur Verfahrensweise hinsichtlich der Lübecker Straße gemacht wurden.

In seinen Ausführungen verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die besondere Eilbedürftigkeit, damit die erforderlichen finanziellen Mittel noch in diesem Jahr abfließen können. Aus diesem Grund mussten dem Land Straßen benannt werden, die die Anforderungen für eine derartige Förderung erfüllen. Hierfür liegen bereits auch die Genehmigungen vor.

Ergänzend zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters geht der Leiter des Tiefbauamtes Herr Gebhardt, i.V.f. für den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, auf die Förderkriterien der in der Informationsvorlage dargestellten Objekte ein.

Hinsichtlich der Lübecker Straße legt er dar, dass hier, genauso wie bei der Königstraße und der Bergstraße, aus dem städtischen Haushalt Mittel zur Verfügung gestellt werden. Für diese Objekte werden separate Ausschreibungen vorgenommen, um u.a. nur die Deckschicht zu erneuern. Eine Anmeldung für eine Förderung dieser Objekte hätte bedeutet, dass mindestens die Decke und die Bünderschicht erneuert werden müsste. Er verweist auf die Auffassung der Verwaltung, dass sich hier die Schäden nicht so schlimm darstellen, wie an anderen Objekten z.B. am Schanzenweg oder im Lorenzweg und aus diesem Grund soviel als möglich Winterschäden mit den konsumtiven Mitteln im Haushalt 2011 selbst beseitigt werden sollen. Eine Förderung sollte nur für die großen Maßnahmen vorgesehen werden.

Im Weiteren nimmt er Bezug auf Nachfragen bzgl. der Verfahrensweise mit den von der Stärke her überschaubaren Schäden in den Siedlungsstraßen und führt aus, dass hier wie im vergangenen Jahr eigene Mitarbeiter die Schadensbeseitigung vornehmen werden. Einschränkend verweist er hier auf den Nachteil, dass dies keine so dauerhafte Schadensbeseitigung ist, wie bei den in der Informationsvorlage dargelegten investiven Schadensbeseitigungen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wirft nachfolgende Fragestellungen auf:

1. Ist das eigentlich das Einzige, was das Land uns zur Verfügung stellt? Gibt es weitere Mittel?

2. Macht das nicht einen Unterschied, ob es sich um eine Bundesstraße handelt oder eine „normale Straße“, wie z.B. die A.-Vater-Straße? Müssten sich da nicht ohnehin Bund und Land an dem grundhaften Ausbau beteiligen?
3. Bezug nehmend auf den Zustand in der Otto-von-Guericke-Straße zwischen City-Carré und Keplerstraße/Danzstraße hinterfragt er den Stand hinsichtlich der Beseitigung von Schlaglöchern.

Abschließend legt er seine Auffassung dar, dass der Zustand der Straße derzeit verheerend ist und in den Haushaltsberatungen die erforderlichen finanziellen Mittel für eine grundhafte Instandsetzung der Straße zur Verfügung gestellt werden müssen.

Eingehend auf die Nachfrage zur Otto-von-Guericke-Straße macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass diese bereits im Haushalt enthalten ist und dafür in diesem Jahr Mittel eingestellt sind. Eine Realisierung der Maßnahme im vollen Umfang erfolgt, auch in Abstimmung mit den Magdeburger Verkehrsbetrieben, im kommenden Jahr.

In Beantwortung der Nachfragen des Stadtrates Canehl verneint der Leiter des Tiefbauamtes Herr Gebhardt die Frage nach weiteren Mitteln. Es ist davon auszugehen, dass die Mittel ein Budget darstellen, was seitens der Stadt nicht überschritten werden kann. Er informiert über die Anregung des Landes Baulose zu wählen, um in die Lage versetzt zu werden, den finanziellen Spielraum nicht zu übersteigen. Insbesondere verweist er aber auf die bewusst angemeldeten Reserveobjekte im Hinblick auf möglicherweise im September/Okttober noch vorhandener Mittel.

Zur Frage der Beteiligung von Bund und Land führt Herr Gebhardt aus, dass es für das Land unerheblich sei, ob die Ausbaumaßnahmen für eine Bundes-, eine Landes- oder eine kommunale Straße erfolgen. Die Straße muss nur im Verkehrswegenetz eine Bedeutung haben. Als Baulastträger bekommt die Stadt jedoch keine weiteren Mittel, als die bereits zugewiesenen, zzgl. Mittel aus dem ehemaligen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Förderprogramm.

Hinsichtlich der Nachfrage zur Otto-von-Guericke-Straße informiert Herr Gebhardt, dass im Zusammenwirken mit den Magdeburger Verkehrsbetrieben der Gleisausbau in diesem Jahr geplant wird und damit einhergehend, der Ausbau der Randstreifen südlich der Danzstraße. Im Jahr 2012 wird für den Haushalt avisiert, dass die MVB gemeinsam mit der Stadt zwischen Danzstraße und Hasselbachstraße sowohl die Gleisanlagen als auch die Fahrbahn erneuern.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bromberg, Hans-Dieter

Budde, Andreas

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Gärtner, Matthias

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Haller, Sven

Hans, Torsten

Hein, Rosemarie Dr.

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Höroid, Helmut Dr.

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Pott, Alexander Prof.Dr.

Reppin, Bernd

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Siedentopf, Uta

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Theile, Frank

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.

Westphal, Alfred

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Bork, Jana

Danicke, Martin
Herbst, Sören Ulrich
Heynemann, Bernd
Hofmann, Andrea
Kraatz, Daniel
Schumann, Andreas
Schumann, Carola
Wähnelt, Wolfgang
Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.